

19. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

Kernkraft revitalisieren – Grundlagen schaffen für eine Energieversorgung der Zukunft

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sich mittels einer Bundesratsinitiative für eine Wiederbelebung der Kernkraft und zu diesem Zweck für eine Änderung des Gesetzes über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz) einzusetzen.

Hierbei ist eine Gesetzesänderung wie folgt anzustreben:

- § 1 Ziff. 1 AtG wird wie folgt geändert: „für die Nutzung der Kernenergie zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität den geordneten Betrieb sicherzustellen,“
- § 7 Abs. 1a AtG wird gestrichen

Begründung

Deutschland braucht den Ausstieg aus dem Ausstieg. Bei der UN-Klimakonferenz in Dubai wurde im Dezember 2023 angesichts des angestrebten Ausstiegs aus fossilen Energieträgern konkret zu einem Ausbau der Atomkraft aufgerufen. Die Erklärung sieht eine Verdreifachung der Kapazitäten bis zum Jahr 2050 vor¹. Zur selben Zeit unterstrich die Landesregierung in Hessen ihr Versprechen aus dem schwarz-roten Koalitionsvertrag, das Land Hessen zu einem

¹ ZDF/dpa: Weltklimakonferenz in Dubai - Rund 20 Staaten wollen Ausbau der Atomkraft;
<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/cop28-atomkraft-forderung-100.html> (abgerufen 25.01.2024)

Leitstandort für kerntechnische Energieinnovationen und die laserbasierte Kernfusion zu machen². Auch das Land Bayern will eine führende Rolle in der Kernforschung einnehmen und hat einen Masterplan zur Förderung der Kernfusion und neuartiger Kerntechnologien entwickelt³. Am 5. Februar 2024 kündigte die tschechische Regierung an, vier neue Atomreaktoren in der Nähe zu Bayern zu bauen⁴.

Berlin darf sich als fortschrittliche Hauptstadt nicht der modernen Kerntechnik verschließen und auf eine ideologische Energiepolitik zurückziehen. Deutschland ist als Industrienation angewiesen auf eine unterbrechungsfreie und preisgünstige Energieversorgung. Dafür ist es nicht ausreichend, sich in der politischen Diskussion auf PV-Dachanlagen und Windkraft zu fokussieren, wie das trotz weniger Freiflächen auch in Berlin getan wird. Photovoltaik und Windkraft können eine sinnvolle Ergänzung im Energiemix sein, jedoch keinen entscheidenden Beitrag zur Sicherung einer stabilen Energieversorgung in Deutschland leisten.

Seit dem vollständigen Atomausstieg im Jahr 2023 ist die Blackout- und Brownout-Gefahr gestiegen und haben Probleme bei der Netzstabilität zugenommen. Unterdessen belegen Stromimporte bei Dunkelflaute und der Einkauf von ausländischem Atomstrom den deutschen Selbstbetrug. Eine stabile Energieversorgung ist auf grundlastfähige Kraftwerke angewiesen und kann nicht vom Wetter abhängig gemacht werden.

Es muss heute als schwerer Fehler erkannt werden, eine über Jahrzehnte zuverlässige, preisgünstige, sichere und CO₂-neutrale Energieversorgung in Deutschland fahrlässig und inmitten einer Energiekrise aufgegeben zu haben. Dabei hat der Atomausstieg nicht nur zu einer Renaissance der Kohle geführt, welche mit einem Anteil von einem Drittel des in Deutschland ins Netz eingespeisten Stroms der wichtigste Energieträger in Deutschland ist⁵, sondern auch zu einer politisch gewollten und vorangetriebenen Abhängigkeit von Erdgas. Sowohl eine daraus folgende Abhängigkeit von Russland als auch die im Jahr 2022 ausgelöste Energiekrise sind selbstverschuldete Folgen einer falschen Politik.

Noch können diese schwerwiegenden Fehler der Vergangenheit zumindest teilweise korrigiert werden. Fünf Kraftwerke lassen sich innerhalb von ein bis zwei Jahren noch reaktivieren: Grohnde, Brokdorf, Neckarwestheim2, Emsland und Isar 2. Das wäre deutlich günstiger, als 50 Gaskraftwerke zu bauen, welche zukünftig die Grundlast sichern sollen⁶. Die am 5. Februar 2024 von der Bundesregierung beschlossene Kraftwerksstrategie zum Bau neuer Gaskraft-

² Hessischer Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD für die 21. Legislaturperiode, S. 134

³ Bayerische Staatsregierung: Mission Kernfusion – Bayerischer Masterplan zur Förderung der der Kernfusion und neuartiger Kerntechnologien, 28. September 2023

⁴ Tagesschau: Die tschechische Regierung plant den Bau von vier Atomreaktoren; <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/tschechien-atomkraft-100.html> (abgerufen 06.02.2024)

⁵ Statistisches Bundesamt: Stromerzeugung 2022 - Ein Drittel aus Kohle, ein Viertel aus Windkraft; https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/03/PD23_090_43312.html (abgerufen 25.01.2024)

⁶ Michael Sauga, Gerald Traufetter: Warum Robert Habeck jetzt 50 neue Gaskraftwerke braucht, in: DER SPIEGEL 29/2023

werke muss überarbeitet und auf das Vorbild des tschechischen Kurses umgelenkt werden. Völlig unklar ist, wie das Paket mit einer Größenordnung von ungefähr 10 Gigawatt einen Kohleausstieg im Umfang von mindestens 30 Gigawatt kompensieren und wo der Wasserstoff herkommen soll. Dabei hat der Wiedereinstieg in die Kernkraft den Nebeneffekt, in der kerntechnischen Expertise anschlussfähig zu bleiben und für Zukunftsthemen wie moderne Kerntechnologien und die Kernfusion besser gewappnet zu sein.

Langfristiges Ziel muss der Bau neuer Kernkraftwerke und die Nutzung von Kernreaktoren der IV. Generation sein. Moderne Kerntechnik erlaubt die Entschärfung der bisher für die geologische Endlagerung vorgesehenen nuklearen Reststoffe, ermöglicht eine effektive Nutzung des Brennstoffs, die erhebliche Reduzierung des Atommülls durch Recycling, Wettbewerbsfähigkeit und hohe Sicherheitsstandards.

Es ist an der Zeit, der Zukunft den Weg zu bereiten und eine stabile und preisgünstige Energieversorgung in Deutschland sicherzustellen, die den deutschen Industriestandort sichert und damit die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und Wohlstand in Deutschland zu erhalten. Der deutsche Sonderweg in der Energiepolitik muss beendet werden. Berlin kann seinen Energiebedarf als Hauptstadt nicht eigenständig sichern und ist dazu aufgefordert, auf ein bundespolitisches Umdenken im Bundesrat hinzuwirken.

Berlin, den 13. Februar 2024

Dr. Brinker Gläser Hansel Trefzer
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der AfD